



Für eine soziale Schweiz in einem offenen Europa

Diskussionsrunde am 4. Zuger Symposium

Zum vierten Mal trafen sich am Sonntag, 9. April 1995, rot-grün-lila Bewegte aus der ganzen Deutschschweiz zum Zuger Symposium. Auf Einladung der Sozialistisch-Grünen Alternative SGA diskutierten sie diesmal vor allem über die Europa-Perspektiven der Schweiz und die sozialen Fragen. Wir dokumentieren die von MOMA-Redaktor Josef Lang geleitete Diskussion. Roland Brunner besorgte die auszugsweise Abschrift.

Die Europa-Initiative verlangt die Sicherung der sozialen Errungenschaften. Was versteht ihr darunter?

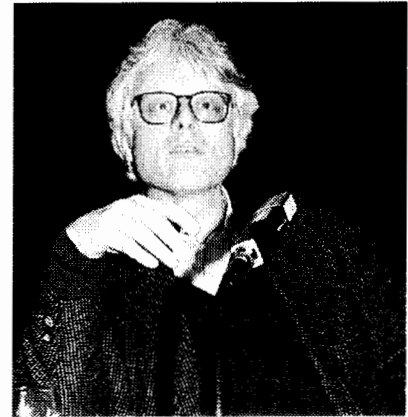
Sabina Döbeli: Wir wollten mit der Verankerung der sozialen und der ökologischen Forderungen in der Initiative dem Bundesrat ein klares Mandat anstelle eines Blankochecks überweisen. Wie diese flankierenden

Massnahmen konkret aussehen müssen, wird bei uns noch diskutiert. Die Europa-Integration der Schweiz würde gerade auch für sozial Schwächere Verbesserungen bringen. Wir müssen die sozialen Ängste der Menschen ernst nehmen, ihnen Europa vertrauter machen und die sozialen Vorteile erklären. Wir müssen die Europa-Diskussion grundsätzlich führen und uns nicht an Streitereien über kleine Vor- oder Nachteile aufhängen.

Paul Ruppen: Diese Initiative bietet keine Perspektive. Sie macht Druck in eine Richtung, die von Politik und Medien schon eingeschlagen wird. Sie setzt sich ein für ein europäisches Grossmachtprojekt, wie dies in vielen Äusserungen – auch von sozialdemokratischen Europa-PolitikerInnen – offen gefordert wird. Die propagierte Offenheit ist hier eher Feigenblatt als Programm. Die Europäische Union bildet einen

Block, statt dass Probleme direkt vernetzt von einzelnen Regionen, Ländern, Gruppen usw. angegangen werden. Statt ein friedensfähiges Beziehungsnetz zu weben, knüpft die EU ein friedensgefährdendes Weltmachtprojekt.

Peter Bodenmann: Ökonomisch und politisch hat die Internationalisierung längst stattgefunden. Der Wettlauf der Standorte ist eine Tatsache. Der Kapitalismus hat sich im Weltdorf durchgesetzt. Die Linke muss das Primat der Politik einfordern, und dazu brauchen wir relevante Räume, die überhaupt noch eine politische Regulation zulassen. 95 Prozent der westeuropäischen Linken ist in der EU. Die Frage ist also nur, ob wir unsere zwei oder drei Prozent da auch einbringen können und ob wir beim Versuch mitmachen wollen, Europa sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten. Die Initiative "Ja zu Europa" ist



**TeilnehmerInnen am Podium
(v.l.n.r.)**

Andreas Gross ist Mitbegründer von eurotopia und SP-Nationalrat.

Sabina Döbeli ist Mitbegründerin der Bewegung "Geboren am 7. Dezember", Zentralsekretärin der europäischen Bewegung Schweiz, Mitinitiantin der Europa-Initiative und Mitglied der Geschäftsleitung der FDP.

Peter Bodenmann ist Präsident der SPS und Mitglied des Nationalrates.

Paul Ruppen ist Mitglied des Forums für direkte Demokratie.

Katrin Kuhn ist Grossrätin der Grünen Partei Aargau und deren Ständeratskandidatin.

gut. Meinungsverschiedenheiten haben wir aber bezüglich der notwendigen sozialen Mitgestaltung. Wenn es in der Schweiz eine Mehrheit für den Integrationsprozess geben soll, müssen die sozialen Ängste der Leute ernst genommen werden, sonst ernten wir nationale und nationalistische Stimmungen. Wir sind gezwungen, klar Stellung zugunsten der Verteidigung der sozialen Errungenschaften zu nehmen. Der oft ungenaue und beliebige Diskurs der EU-BefürworterInnen macht mir da Angst: Damit können wir vielleicht die neuen Mittelschichten ansprechen, aber Lohnabhängige und ältere Menschen werden wir kaum damit überzeugen, dass jetzt alles etwas offener und beweglicher werde.

Katrin Kuhn: Die Initiative "Ja zu Europa" entspricht mit ihrer klaren Deklaration zu einem Beitritt der Schweiz auch der klaren Stellung-

nahme, die die grüne Nationalratsfraktion nach dem EWR-Nein abgegeben hat. Sie entspricht auch meiner persönlichen Meinung. Die Diskussion an unserer Parteibasis ist aber noch lange nicht abgeschlossen, da wir dies als längeren Prozess betrachten. Von einer kleinkrämerischen Aufrechnung von Vor- und Nachteilen hat sich bei uns die Diskussion weiterentwickelt zu einer grundsätzlicheren Beteiligungsdiskussion. Die soziale Frage die mein Vorredner so eng an den EU-Beitritt knüpft, stellt sich aber genau so dringend, wenn wir der EU nicht beitreten und einen Sonderfall Schweiz abfeiern wollen. Den gegenwärtigen sozialen Ängsten müssen wir mit sozialen Sicherheiten begegnen – Europa hin oder her.

Andreas Gross: Ich werde die Europa-Initiative unterschreiben, sobald wir einen eigenen eurotopia-Initiativbogen gedruckt haben, in dem die Initiative eine eigene Begründung erhält. Die europäische Integration ist kein Ziel an sich, sondern ein Mittel. Unsere ökologischen und politischen Interessen erfordern eine transnationale Ebene, eine transnationale Verfasstheit und Verfassung. BürgerInnen müssen politischen Entscheidungszugriff erhalten auf die internationalen Ebenen, auf denen sich die Ökonomie längst bewegt. Angesichts der globalen wirtschaftlichen Integration gibt es keine nationale Freiheit mehr. Wir müssen uns die Möglichkeiten erkämpfen, den Markt in soziale und ökologische Leitplanken zu zwingen, genau so, wie dies im 19. Jahrhundert auf nationaler Ebene gemacht wurde. Zwanzig Prozent

der Menschen in der Schweiz sind heute von einer Integration völlig überzeugt. Dreissig Prozent sind absolut dagegen, und die Hälfte der SchweizerInnen ist hin- und hergerissen, verunsichert und verängstigt. Der Initiativtext und der Diskurs der Initiantinnen antwortet viel zu unpräzise auf die Ängste dieser fünfzig Prozent.

Besteht bei dir, Sabina Döbeli, und bei deiner Partei nicht ein Widerspruch, wenn du einerseits die sozialen Errungenschaften verteidigen willst, um den Integrationsprozess der Schweiz in die EU mehrheitsfähig zu machen, andererseits aber die FDP als Wirtschaftspartei immer wieder für Deregulierung, Privatisierung und Abbau des Sozialstaates Druck macht?

Sabina Döbeli: Europapolitik können wir nur machen, wenn wir über die Parteigrenzen hinweg zusammenspannen. Der Initiativtext ist insofern auch ein Kompromiss verschiedener beteiligter Kräfte. Wir dürfen die Europafrage nicht zur Parteisache verkommen lassen. Wenn sie in eine Links-Rechts-Schematisierung abdriftet, ist sie zum vorneherein verloren. Für mich als junge freisinnige Frau, der soziale und ökologische Fragen wichtig sind, besteht auch innerhalb der FDP ein enormer Diskussionsbedarf. Die Europafrage ist ein gutes Vehikel, alle anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik neue Wege zu finden. Liberale Kreise in FDP und CVP



müssen hier die Diskussion mit den Wirtschaftskreisen wieder neu suchen.

Nächstens stehen die Entscheide bezüglich personeller Freizügigkeit bei den Verhandlungen der Schweiz mit der EU an. Stehen wir hier nicht wieder vor dem gleichen Dilemma wie bei der AHV-Revision: Wie reagieren wir, wenn Blocher ein Referendum ergreift?

Peter Bodenmann: Wir müssen die Auseinandersetzung um die Personenfreizügigkeit trennen von der Beitrittsdiskussion. Hans Baumann hat die Position der Gewerkschaften, die wir zusammen erarbeitet haben, in MOMA dargestellt (MOMA 2-95: "Wer hat Angst vor der Personenfreizügigkeit?"). Wir müssen im nationalen Recht europakompatible Massnahmen verankern, die internationales Lohndumping verhindern. Die Linke muss hier hart bleiben und sie hat dazu auch gute Karten. Eine Mehrheit für einen EU-Beitritt wird es in der Schweiz nur geben, wenn soziale Sicherheit glaubhaft verankert ist. Die binnenmarktorientierte Fraktion des Kapitals will einen EU-Beitritt verhindern, da dies nur Unübersichtlichkeit, Konkurrenz, sinkende Preise und damit Modernisierungsdruck bringen würde. Die exportorientierten Sektoren dagegen setzen sich klar für einen Beitritt ein. Banken und Chemie haben sich noch gar nicht entschieden. Sie wollen die Vorteile des rechtsfreien Raumes Schweiz nicht verlieren, andererseits aber den Stand- und Produktionsort Europa offen halten. Ein Beitritt zur



EU und Reformen in der Schweiz können also nur von einer Koalition der fortschrittlichen Teile des Kapitals mit rot-grünen Kräften durchgesetzt werden. Als Teil dieser Koalition können wir auch unsere Bedingungen setzen.

Die Beschlüsse der EU lassen unheimlich grosse nationale Spielräume für die Umsetzung. Um die konkrete Ausgestaltung von EU-Recht und Gesetz beeinflussen zu können, brauchen wir einen Um- und Ausbau der direkten Demokratie mit dem konstruktiven Referendum. Dies erlaubt uns, aus dem Dilemma der 10. AHV-Revision rauszukommen und nicht auf ein Ja-Nein-Schema reduziert zu sein. Die Möglichkeit, konkrete Alternativen in einem Referendum vorzuschlagen, würde enorm belebend für die Politik wirken.

Andreas Gross: Vieles spricht dafür, dass die bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU keine befriedigenden Ergebnisse zeitigen werden. Die Referendumsdrohung Blochers gegen die Personenfreizügigkeit droht, einen Lernprozess nochmals zu verhindern. Wir stossen hier an die Grenzen der Demokratiefähigkeit der Vertragslogik. Die bilateralen Verhandlungen sollen zu einem Vertrag zwischen der Schweiz und der EU führen. Die EU wird dabei Positives mit Negativem verknüpfen, damit die Schweiz nicht einfach nur die Vorteile annehmen und die Nachteile mit einem Referendum "bodigen" kann. Der Vertrag ist nur im Paket zu haben. Wir können mit Verträgen der internationalen Globalisierung nicht ent-

"Ja zu Europa"

Die eidgenössische Initiative "Ja zu Europa" fordert eine Ergänzung der Übergangsbestimmungen in der Bundesverfassung:

Artikel 23 (neu)

1 Die Schweiz beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur Europäischen Union an.

2 Der Bund nimmt ohne Verzug Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf.

3 Der Beitritt zur Europäischen Union wird Volk und Ständen gemäss Artikel 89 Absatz 5 zur Abstimmung unterbreitet.

Artikel 24 (neu)

Bei den Beitrittsverhandlungen und der Anpassung des schweizerischen Rechts an das Recht der Europäischen Union achten alle Behörden darauf, dass insbesondere die demokratischen und föderalistischen Grundwerte sowie die sozialen und ökologischen Errungenschaften durch geeignete Massnahmen gesichert werden.

Artikel 25 (neu)

Der Bund berücksichtigt bei der Umsetzung des Beitrittsvertrages und der Weiterentwicklung der Europäischen Union sowie bei anderen Fragen der europäischen Integration die Kompetenzen der Kantone und wahrt ihre Interessen. Er informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend, hört sie an und zieht sie bei der Vorbereitung von Entscheiden bei.

Die Initiative wurde im Bundesblatt am 21. Februar 1995 veröffentlicht und läuft damit bis zum 21. August 1996.

Getragen wird sie von folgenden Organisationen: Europäische Bewegung Schweiz (vorm. Europa-Union), Renaissance Schweiz Europa, Aktion Europa Dialog, Junge europäische Föderalisten der Schweiz, Bewegung "Geboren am 7. Dezember 1992".

Unterschriftenbogen können bestellt werden bei: Initiative Ja zu Europa, Postfach 22, 3000 Bern 15, Tel. 031/351'80'81.



Tünche bleibt Tünche

Begrüsst wurden die Symposiums-BesucherInnen durch den SGA-Regierungsrat Hanspeter Uster. Untenstehend bringen wir den Hauptteil seiner Rede:

“Gerade in einer Zeit, in der sich sozial, ökologisch, gesellschaftlich, sowie wirtschaftlich unheimlich viel bewegt (und zwar mehrheitlich hin zum Schlechteren), gerade in einer solchen Zeit sind Diskussionen, Auseinandersetzungen und breite Debatten als Ausgangspunkt für gemeinsames Handeln über die Partei-, Bewegungs- und Geschlechtergrenzen hinaus nicht nur notwendig, sondern überlebenswichtig. Voltaire’s “le meilleur des mondes possibles”, die beste der Welten, kann nicht erreicht werden mit dem Beharren auf der besten der Parteien, denn die ist ja, infolge fehlender Distanz, immer nur die eigene; und mit dem Rückzug aufs eigene Gärtli (“mais il faut cultiver notre jardin”) ist es ebensowenig getan, sei es noch so biologisch gehegt und gepflegt.

Einige von uns meinen aber immer noch, die vielerorts herrschende Unverbindlichkeit könne durch falsch verstandene Verbindlichkeit in der Form von “wir und nur wir wissen schon, was zu machen ist”, übertüncht werden. Tünche bleibt Tünche: sie blättert mit der Zeit ab. Wirklich verbindliche, verantwortliche Politik kann nicht herbeigeredet werden; sie muss wachsen im gemeinsamen Gespräch, in der offenen Diskussion, in der harten Auseinandersetzung untereinander; erst dann kann sie ausmünden in das gemeinsame Auftreten miteinander.”

gegentreten. Wir benötigen dazu eine europäische Verfassung.

Peter Bodenmann: Hier liegt unsere Differenz. Ich bin einverstanden, dass Europa eine Verfassung braucht und institutionelle Veränderungen. Aber ein bilateralen Vertrag würde uns nicht daran hindern, die soziale Ausgestaltung im nationalen Rahmen an die Hand zu nehmen, wie dies die Gewerkschaften vorgeschlagen haben. Unsere Vorschläge sind eurokompatibel. Sie beinhalten Vorschläge für nationales, regulierendes Recht, das nicht im Widerspruch zur EU-Gesetzgebung steht. Wir können also zum Beispiel sehr wohl die Personenfreizügigkeit abschliessen und hier die Gesamtarbeitsverträge erleichtert für allgemeingültig erklären. Viele soziale und ökologische Forderungen scheitern nicht am EU-Recht, sondern daran, dass wir nicht über die Instrumente verfügen, sie in der Schweiz durchzusetzen. Wenn jetzt die Personenfreizügigkeit ohne flankierende Massnahmen droht, müssen wir uns eine Blitzinitiative überlegen, mit der wir einen Gegendruck aufbauen können. Sonst wird die nationale Rechte die sozialen Ängste thematisieren, und der nationale Alleingang wird kein sozialer Sonntagsausflug sein. Wir müssen klar machen, dass wir für die Integration und für die sozialen Errungenschaften sind.

Andreas Gross: Die grosse Frage ist, ob es uns rechtzeitig gelingt, die von Peter Bodenmann gestellten berechtigten Forderungen und die entsprechenden innenpolitischen Reformen durchzusetzen – und dafür eine gesellschaftliche Mehrheit zu finden.

Paul Ruppen: Wenn wir nun die technischen Details diskutieren, unterschlagen wir die grundsätzlichen Fragen zu einem EU-Beitritt. Bezüglich Freizügigkeit im Personenverkehr beispielsweise reichen sich SP und Gewerkschaften die Hand zu einem neuen schweizerischen Korporatismus. Der international wettbewerbsfähige Dienstleistungssektor der Schweiz drängt auf eine Öffnung der Märkte, um damit eigene Arbeitslosigkeit exportieren zu können. In den weniger wettbe-

Offenes Klima

Bei wunderschönem Wetter trafen sich am Palmsonntag etwa 100 rot-grünlila Bewegte zum 4. Zuger Symposium. Über die eher enttäuschende Beteiligung trösteten die durchwegs guten Diskussionen auf dem morgendlichen Podium und in den nachmittäglichen Arbeitsgruppen (AG) hinweg. So breit (thematisch und organisatorisch) und so intensiv dürfte schon lange nicht mehr über die Europafrage und die Zukunft der Sozialpolitik diskutiert worden sein. Auf das stärkste Interesse stiessen die "AG Arbeitslosigkeit" mit *Sybilla Schmid, H.U. Kneubühler* und *Peter Bodenmann* und die "AG Energie oder Arbeit besteuern?" mit *Serge Gaillard, Peter Niggli* und *Ruedi Rechsteiner*.

Erheblich zur Qualität der Diskussionen trug das offene Klima bei. Schon lange nicht mehr haben sich SPS- und GPS-Mitglieder so gut vertragen. Auch die Debatte um die 10. AHV-Revision konnte ohne unnötige Polemik ausgetragen werden. Dass nicht nur in der entsprechenden Arbeitsgruppe, in der *Susanne Leutenegger* und *Rita Schmid Göldi* referierten, die Mehrheit der Anwesenden eher die Nein-Option vertritt, zeigte das positive Echo auf die Grussbotschaft des SGB-Copräsidenten *Vasco Pedrina*. Darin bezeichnete er das Ergebnis der SP-Urabstimmung als "Rückschlag für die Gewerkschaften" und "falsches Signal" und appellierte an die "Solidarität der politischen Kräfte und sozialen Bewegungen des fortschrittlichen Spektrums".

In seinem Schlusswort rief der christliche Gewerkschafter und langjährige L&G-Betriebskommissionspräsident *Jakob Suter* die Anwesenden dazu auf, sich durch den monetären Zeitgeist nicht beirren zu lassen und sich nicht auf die Pflege des eigenen Gärtchens zu beschränken.

werbsfähigen Ländern wird mit dieser Exportpolitik kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Der Wettbewerb der Industriestandorte ist eine weltweite Tatsache. Die EU-Integration kann entsprechend keine Lösung dafür bieten. Im Gegenteil: Sie verschärft diesen Kampf noch. Wir müssen über internationale Verträge Mindeststandards festsetzen, die ein Lohndumping verhindern und die den einzelnen Staaten erlauben, über diese Minimalstandards hinauszugehen. Hier wirkt die EU heute bremsend.

Katrin Kuhn: Bilaterale Verhandlungen und Vertragsabschlüsse sind sehr statische Ereignisse. Integrationsprozesse und Beitrittsverhandlungen sind demgegenüber viel dynamischer und gestalterischer. Wir müssen den Beitritt der Schweiz zur EU als Prozess verstehen.

Kennt Demokratie optimale Gröszen? Können staatliche Gebilde zu gross oder vielleicht auch zu klein für Demokratie sein?

Paul Ruppen: Europa ist als geografischer Raum, vor allem aber als politisches Gebilde, sicher zu gross, um soziale Probleme lösen zu können. In traditionellen kleinen Räumen wie den Territorialstaaten verfügt man noch über politische Instrumente, um gestaltend zu wirken. Ich bin heute aber auch nicht mehr für ein autonomes Oberwallis... In der Schweiz können sich politische Gruppierungen relativ verbindlich in den politischen Prozess einbringen. Ein Grossraum Europa verunmöglicht dies mit den zu hohen Anforderungen an Reisezeit, Reisekosten, Sprachenvielfalt und der dadurch notwendigen Übersetzung, die dadurch anfallenden Kosten und den Zeitverlust. Politische Meinungsbildungsprozesse werden dadurch sehr erschwert.

Katrin Kuhn: Eine Antwort auf diese Probleme ist das grüne Europa der Regionen. Demokratie kann gross oder klein sein, aber sie muss föderalistisch und subsidiär sein. Entscheide müssen in der Region verankert sein. Ein demokratisches Europa bedeutet Verantwortung und

Handlungsfähigkeit auf allen politischen Ebenen.

Andreas Gross: Die ideale Demokratie hängt nicht von der Staatsgrösse, sondern von der Gesellschaft ab. Die Rückständigkeit des Kantons Appenzell Innerrhoden bezüglich Einführung des Frauenstimmrechts entspringt nicht seiner Grösse, sondern seinen gesellschaftlichen Strukturen. Das Frauenstimmrecht ist ein Lernproblem der Mächtigen, Macht zu teilen – und die Schweiz ist eine grossartige Zukunftswerkstatt. Zudem begünstigen heute die Informationsmöglichkeiten und die Kommunikationsfähigkeiten, die 150jährige Geschichte der Volksschule zum Beispiel, solche Verständigungs- und Lernprozesse. Eine europäische Verfassung wird den Föderalismus institutionalisieren. Aber auch die Handlungsfähigkeit auf grösserer Ebene muss errungen werden. Die politisch Mächtigen wehren sich natürlich gegen solche Demokratisierungsprozesse. Aber in der Gesellschaft sind sie schon weit gediehen, und wenn es uns gelingt, diese gesellschaftlichen Kräfte aufzugreifen, können wir auch politisch erfolgreich sein.

Peter Bodenmann: Die politischen Institutionen hinken heute weit hinter den ökonomischen Entwicklungen her. Die europäische Linke, auch die europäische Sozialdemokratie, ist heute weit von gemeinsamen Positionen und einem einheitlichen Projekt entfernt. Wenn wir beispielsweise mit den spanischen SozialdemokratInnen über den ökologischen Umbau der Wirtschaft sprechen wollen, verstehen die nur spanisch... Es ist eine Aufgabe für die nächsten Jahre, gemeinsam nach Perspektiven zu suchen.

